2/201/16-2
NRW
1985

Wahlprogramm 1985

ARBEIT SICHERN
UMWELT SCHÜTZEN
AUFSCHWUNG SCHAFFEN:
DIE ZUKUNFT GEWINNEN

Auf-
schwung
für NRW

CDU

Dr. Bernhard Worms

Die Zukunft gewinnen

Nordrhein-Westfalen ist ein großes und schönes Land. Es ist geprägt vom Fleiß seiner Menschen, von der Vielfalt seiner Landschaften und seiner kraftvollen Industrie mit besonderem Gewicht für die deutsche Volkswirtschaft.

Nordrhein-Westfalen ist seit seinem Bestehen maßgeblich von der Christlich Demokratischen Union gestaltet worden. Unser Land hat in der Zeit des Wiederaufbaus eine entscheidende Rolle in der Bundesrepublik Deutschland gespielt.

Darauf sind wir stolz.

Während der fast 20jährigen Herrschaft der Sozialdemokraten hat Nordrhein-Westfalen jedoch erheblich an Bedeutung verloren und seine führende Rolle eingebüßt. Der SPD fehlt die politische Dynamik, die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Sie hat staatliche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gegen die marktwirtschaftlichen Kräfte betrieben. Sie hat keine, auf die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur ausgerichtete Konzeption und Perspektive aufgezeigt. Die SPD hat es versäumt, den technischen Wandel für unser Land zu nutzen. Aus ideologischer Verblendung hat sie den technischen Wandel blockiert und damit unserem Land schweren Schaden zugefügt.

Die CDU setzt auf Fortschritt und Freiheit.

Wir wollen, auf den bewährten Fundamenten der sozialen Marktwirtschaft aufbauend, die Kräfte des Marktes mobilisieren, Freiräume schaffen und so die Zukunft auch unseres Landes gestalten. Wir werden eine Offensive für eine neue Struktur-, Umwelt- und Technologiepolitik einleiten.

Wir machen eine soziale Politik: Neue Arbeitsplätze, Abbau der Schulden, Zuwendung den Hilfsbedürftigen, Hilfe zur Selbsthilfe und einen Staat, der wieder für die Bürger da ist.

Wir eröffnen unserem Land neue Perspektiven, zeigen den Weg, die politischen Fehlleistungen der letzten Jahre zu überwinden und vermitteln den Bürgern Vertrauen in eine gesicherte Zukunft.

Wir haben in Bonn gezeigt, daß wir dies können. Ab 12. Mai 1985 muß gelten: »Bund und Land, Hand in Hand«.

Unsere Schwerpunkte

Arbeit und Aufschwung

Wir sichern den Aufschwung und schaffen damit neue Arbeitsplätze. Wir sanieren und modernisieren Nordrhein-Westfalen. Wir erschließen neue Quellen für eine starke wirtschaftliche Entwicklung. Wir fördern die Nutzung neuer Techniken. Wir setzen die Kräfte frei für neuen unternehmerischen Wagemut. Wir bringen die Leistungsbereitschaft unserer Bürger zur Entfaltung. Wir bauen Schulden ab und bringen die Finanzen des Landes in Ordnung. Damit gewinnen wir finanziellen Freiraum für Zukunftsinvestitionen und ermöglichen neue Impulse für die Überwindung der Beschäftigungskrise.

Sicherung unserer Umwelt

Umweltschutz ist Verantwortung gegenüber der Natur und unseren Kindern. Damit sichern wir unsere Zukunft. Wir schaffen die Voraussetzung dafür, daß Wirtschaft und Umwelt wieder in Einklang kommen. Wir wollen einen Umweltschutz, der nicht neue Bürokratien schafft und sich auf Verbote gründet, sondern auf ein ausgeprägtes Umweltbewußtsein und marktkonforme Mittel setzt. Umweltschutz muß wirtschaftliche Dynamik nutzen und unterstützen: Eine umweltbewußte Soziale Marktwirtschaft ist auch hier jeder sozialistischen Staats- und Planwirtschaft überlegen. Auch Nordrhein-Westfalen braucht saubere Luft, gesunden Boden und reines Wasser.

Eigenverantwortung und Selbstgestaltung

Wir vergrößern den Freiheitsraum für unsere Bürger. Der Staat muß Verantwortung an die Bürger zurückgeben. Wir bauen staatliche Reglementierung und Bevormundung ab. Wir wollen selbstverantwortete Bürgerpolitik in der Gemeinde. Heimat soll wieder begriffen und gestaltet werden können.

Familie, das Fundament unserer Gesellschaft

Wir geben der Familie ein sicheres Fundament. Wir verhelfen der Familie zu gesellschaftlicher Anerkennung und entlasten sie finanziell. Familie und Nachbarschaft ermöglichen Mitmenschlichkeit, praktische Solidarität und helfende Zuwendung. Gegen staatliche Bevormundung setzen wir den Sozialbeitrag freier Träger.

Schule: Zur Persönlichkeit erziehen

Wir wollen eine humane Schule, die unsere Kinder nach ihren persönlichen Neigungen, Fähigkeiten, Begabungen fördert. Die am christlichen Menschenbild ausgerichteten Erziehungsziele des Art. 7 unserer Landesverfassung müssen wieder allgemeine Beachtung finden. Die Schule soll zur Leistungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft führen. Wir brauchen ein neues Miteinander von Eltern, Schülern und Schule.

Wir wollen die Schule am Ort, die schnell erreichbar ist.

Pro Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist schön. Die Stärke unseres Landes beruht auf dem Fleiß unserer Bürger, den Möglichkeiten seiner Wirtschaftskraft, der Vielfalt seiner Landschaften, dem Reichtum seines kulturellen Erbes und Angebotes, sowie der Kreativität seiner Städte und Gemeinden. Nach 40 Jahren gemeinsamer Landesgeschichte gehören Rheinländer und Westfalen zusammen, ohne ihre Eigenart und ihre bodenständige Tradition aufgegeben zu haben.

Schwerpunkt 1: Aufschwung und Arbeit

Programm zur wirtschaftlichen Erneuerung und zur Überwindung der Beschäftigungskrise in Nordrhein-Westfalen

1. Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen liegt erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Es ist falsch, diese hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ausschließlich auf die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaftsstruktur des Landes zurückzuführen. Sie ist Folge der von der SPD zu verantwortenden Lähmung der Marktkräfte.

Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen läßt sich nur durch die Mobilisierung der Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft abbauen. Das werden wir tun.

2. Nordrhein-Westfalen
muß so attraktiv werden, daß mehr Unternehmer und Wissenschaftler zur Entwicklung und Anwendung moderner Technologien hierher kommen. Nur so erschließen wir neue Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen unseres Landes.

Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Aufschwung

Die CDU wird die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessern und das Vertrauen in die Solidarität und Berechenbarkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes wiederherstellen.

Dazu ist ein engeres Zusammenwirken mit der Bundesregierung erforderlich.

1. Wir werden die Gesetze vereinfachen.

2. Wir wollen eine bürgernahe Verwaltung.

3. Wir sanieren die Landesfinanzen.

4. Wir bauen Investitionshemmnisse ab.

5. Wir sorgen dafür, daß sich Leistung wieder lohnt und nicht durch ausufernde Steuer- und Abgabenlast erstickt wird.

6. Wir verbessern die Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung.

7. Wir streben flexiblere Arbeitszeiten an, die sowohl den betrieblichen als auch den individuellen Bedürfnissen gerecht werden.

8. Wir treten ein für die Beseitigung von Subventionen in EG-Ländern, die den NRW-Industrien schaden.

9. Wir stärken die Marktchancen, die Wettbewerbsfähigkeit, die Investitions- und Innovationskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Stärkung der regionalen Wirtschaftskräfte

1. Nordrhein-Westfalen muß wieder zielstrebig und kompetent geführt werden. Dazu ist die entscheidungsschwache und ideologisch verblendete SPD-Landesregierung nicht mehr in der Lage.

2. Neben verbesserten Rahmenbedingungen sind Prioritäten für regionale Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte zu setzen. Dabei geht es nicht darum, solche Entwicklungsschwerpunkte »von oben« zu verordnen. Das Land wird vielmehr ihre Eigenentwicklung fördern.

Hierdurch wird ein Prozeß regionaler Eigendynamik und marktgerechter Selbstregulierung in Gang gesetzt und verstärkt. Neue Wachstumsbranchen sind in das bestehende regionale Wirtschaftspotential zu integrieren.

3. In diese neue Entwicklung sind die Schwerpunktindustrien der Regionen, die anwendungsorientierten Unternehmen aller Größen, private und kommunale Kreditinstitute, die Kammern, Fachhochschulen und universitären Forschungseinrichtungen einer Region sowie die neuzuschaffenden Kapitalbeteiligungsgesellschaften einzubeziehen.

4. Solche regionalen Entwicklungsschwerpunkte sorgen für die gewünschte Attraktivität bei branchenverwandten Firmen, Zulieferern und Dienstleistungsunternehmen.

Schlüsseltechnologien für das künftige Wachstum in Nordrhein-Westfalen

1. Nordrhein-Westfalen muß technologisch wieder an die Spitze. Alle Kräfte der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Wissenschaft müssen darauf gerichtet sein, technologie-intensive Wachstumsbranchen nach Nordrhein-Westfalen zu ziehen und anzusiedeln. Wir wollen mehr Menschen mit Ideen für unser Land gewinnen.

2. Zu den für Nordrhein-Westfalen wichtigen Wachstumsbereichen gehören vor allem diejenigen, die auf vorhandenem industriellem Potential aufbauen und für die bereits Forschungskapazitäten bestehen. Dazu zählen die Energietechnik, die Umwelttechnik, automatisierte Fertigungssysteme, neue Werkstoffe, Bio- und Gentechnologie, Telekommunikation und Elektronik.

– In der **Energie- und Bergbautechnik** hat Nordrhein-Westfalen traditionell eine besondere Chance, aufgrund seiner großen Erfahrungen eine über die Grenzen der Bundesrepublik hinauswirkende Führungsrolle zu übernehmen.

– Das Potential Nordrhein-Westfalens im **Maschinen- und Anlagenbau** bietet besonders günstige Voraussetzungen dafür, um auch in der Umwelttechnik eine führende Position zu erringen.

– Die **Bio- und Gentechnologie** findet in Nordrhein-Westfalen sowohl durch vorhandene Forschungskapazitäten als auch durch die starke Stellung der Chemie ebenfalls gute Entwicklungsbedingungen. Sie müssen stärker genutzt werden. Ihr Potential für wachstumsintensive Neuerungen in den Bereichen Medizin, Landwirtschaft und Umweltschutz sind bedeutend. Die ethischen und sozialen Bedingungen für ihre Anwendung müssen auf nationaler Ebene festgelegt werden.

– Die neuen **Kommunikationstechnologien und Medien** dürfen nicht allein unter dem Gesichtspunkt der kommerziellen Nutzung gesehen werden. Sie bieten bisher ungenutzte Chancen für kulturelle Vielfalt und Beteiligung, für wirtschaftliche und betriebliche Nutzung, für die kommunalen Dienstleistungen, für den Ausbau des Bildungswesens, für Hausarbeitsplätze und für den gesamten zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Informationsaustausch.

– Die moderne **Elektronik** trägt über intelligente Steuerungen und Regelungen nicht nur erheblich zur Konkurrenzfähigkeit des Maschinen- und Anlagenbaus bei. Ihre Anwendung im informationstechnischen Dienstleistungsbereich hat überall eine Welle von Existenzgründungen mit qualifizierten Arbeitsplätzen hervorgerufen. Warum nicht auch bei uns?

– **Neue Werkstoffe** mit ihren besonderen Eigenschaften bieten erfolgversprechende Anwendung im Maschinen-, Anlagen- und Automobilbau. Darüber hinaus sind diese Werkstoffe für die Lösung umwelttechnischer Probleme, wie z. B. die korrosionsfreie Ablagerung giftiger Stoffe, zu nutzen.

Sanierung und Stärkung der tragenden Wirtschaftszweige Nordrhein-Westfalens

Zu den unverrückbaren Grundsätzen einer CDU-Wirtschaftspolitik gehört die konsequente Anwendung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Dies gilt für die CDU sowohl im Bereich des Umweltschutzes wie auch bei der Gesundung von Kohle und Stahl. Nur so werden wir diesen Industrien eine neue Zukunft geben können.

Eine Politik ausschließlicher Aufrechterhaltung überkommener Industriestrukturen und ihre künstliche Ernährung durch staatliche Subventionen wird keine Zukunft haben. Deshalb kann die wirtschaftliche Antwort auf diese Herausforderung beim Stahl auch nicht heißen, daß wir überkommene Produktionskapazitäten, deren Produkte sich am Markt nicht mehr durchsetzen lassen, einfach mit staatlichen Mitteln aufrecht erhalten. Dies wäre nichts anderes als die staatliche Subventionierung verhinderter Anpassungsprozesse.

Die Stahlindustrie bleibt auch in Zukunft ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaft unseres Landes. Allerdings ist eine weitere Strukturbereinigung unvermeidlich. Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Stahlindustrie dabei nicht alleine lassen. Gemeinsam mit der Bundesregierung werden wir die Interessen der Stahlindustrie nachdrücklicher als die jetzige Landesregierung und die frühere SPD-Bundesregierung gegenüber Brüssel, den europäischen Partnerländern und ihren Subventionspraktiken vertreten.

Wir werden dafür sorgen, daß in Europa ein Wettbewerb ohne Subventionen einkehrt.

Im Energiebereich setzt die CDU auf Kohle und Kernenergie. Steinkohle und Braunkohle werden auch in Zukunft einen angemessenen Teil zur Sicherheit unserer Energieversorgung beitragen. Die sich daraus ergebenden Lasten müssen gesamtstaatlich getragen werden.

Wir werden dafür sorgen, daß neue umweltfreundliche Verfahren zur Kohlegewinnung, zur Kohleverstromung und zur Kohleveredelung entwickelt und umgesetzt werden können. So erschließen wir der Kohle auf Dauer neue rentable Absatzchancen und schaffen zugleich landeseigene Ressourcen für den Kraftstoff- und Chemiegrundstoffbereich. Parallel dazu werden die Chancen unserer Wirtschaft steigen, durch diese neuen Techniken auch neue Absatzmärkte zu erschließen.

Nordrhein-Westfalen wird unter unserer Führung die Pilotregion werden, die aus der breiten Mischung von Energiequellen zusätzliche Sicherheit in der Versorgung, umfassende Kenntnisse in den Technologien und damit zusätzliche Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung erschließen wird.

Damit diese Chancen in unserem Land genutzt werden können, werden wir für verläßliche und langfristig kalkulierbare Vorgaben im Umweltschutz und insbesondere bei den Genehmigungsverfahren sorgen.

Hochschule, Forschung und Wirtschaft

Die SPD-Landesregierung hat viel zu wenig dazu beigetragen, die Grundlagenforschung und Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft – vor allem in den Bereichen Energietechnik, Biochemie, Biotechnologie, Informationstechnik, Umwelttechnik und neue Werkstoffe – voranzutreiben.

Wir wollen den Brückenschlag zwischen Hochschule und Wirtschaft intensivieren und fördern. Denn die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels, die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie auf den nationalen und Weltmärkten sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind heute in entscheidendem Maße auch von einer schnellen Vermittlung der Erkenntnisse von Hochschulforschung für die wirtschaftliche Anwendung abhängig.

In Nordrhein-Westfalen wurde bisher dem Technologietransfer sehr zum Schaden der Belebung des Arbeitsmarktes viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Viel zu viele Forschungsergebnisse finden nicht den Weg gerade zu kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Förderung des Forschungs- und Technologietransfers ist in allererster Linie eine Aufgabe der dazu befähigten Personen und Institutionen am Ort. Forschungs- und Technologietransfer, der sich im Rahmen von groß angelegten Bürokratien vollzieht und/oder zentralistisch aufgezogen wird, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Einrichtungen für die technische Entwicklung und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sollen deshalb modellhaft an geeigneten Standorten vor allem in unmittelbarer Nähe von Hochschulen verstärkt angeregt werden.

Neben verbesserten Rahmenbedingungen wollen wir Prioritäten für regionale Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte formulieren. Uns kommt es dabei darauf an, bestehende Spezialisierungen auszubauen und deren Ausstrahlungen in die regionale Wirtschaft zu verstärken.

So kann und wird die Politik dazu beitragen, Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte zum Zentrum neuer regionaler Attraktivitäten werden zu lassen. Wir versprechen uns davon auch zusätzliche Standortqualitäten, die auf die unterschiedlichsten wirtschaftlichen Aktivitäten anziehend wirken.

Die sich daraus ergebenden Chancen für Sonderentwicklungen in einzelnen Teilräumen unseres Landes bedeuten für die vor Ort Verantwortlichen zugleich, daß sie sich von anderen Regionen unterscheiden und daraus eigene Aufgaben und Chancen entwickeln können.

Zu den erforderlichen Einzelmaßnahmen für die Initiierung eines solchen neuen Wachstumsprozesses zählen auch: Hochschullehrer und Assistenten erhalten für eine befristete Zeit die Möglichkeit, Aufgaben in der außeruniversitären Praxis zu übernehmen. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, der Wissenschaft, kommunaler und staatlicher Stellen, ergeben sich neue Chancen für Technologietransfer und Innovationsförderung.

Eine CDU-Landesregierung wird die Voraussetzungen dafür schaffen, daß auch Stiftungslehrstühle aus der Wirtschaft an unseren Hochschulen eingerichtet werden können.

Zu einer zukunftsgerichteten Forschungs- und Technologiepolitik gehört auch, die Hochschulforschung über großzügigere Bedingungen bei der Drittmittelforschung wirtschaftsnäher und für die Revitalisierung unseres Landes nutzbringender zu gestalten. Wir schaffen die Vorschriften ab, die einer Ausweitung der Drittmittelforschung entgegenstehen. Den Hochschulen wird zudem mehr Freiraum zum flexibleren Einsatz der Mitarbeiter sowie bei der Verwendung von Forschungsmitteln ermöglicht.

Wir werden auch die Möglichkeit prüfen, durch eine zeitlich befristete anteilige Übernahme der Personalkosten gerade in kleinen und mittleren Unternehmen den Einsatz von Hochschulabsolventen insbesondere aus naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen zu erleichtern.

Förderung von Existenzgründungen und Mobilisierung von Risikokapital

Die gesamte Wirtschafts- und Technologieförderung in Nordrhein-Westfalen verlangt dringend eine Durchforstung und Reduzierung der unüberschaubaren und in sich widersprüchlichen Förderprogramme. Um diesen Prozeß schnell und umfassend in Gang zu bringen, wird eine CDU-geführte Landesregierung alle wirtschaftsfördernden Aktivitäten in einer privatwirtschaft-

lich organisierten Institution zusammenfassen, die bewußt als Gegengewicht zur Bürokratie verstanden wird.

Die »Landesstrukturbank« arbeitet im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Wirtschaftsförderung und Technologiepolitik im Land Nordrhein-Westfalen. Sie nutzt das Geflecht der Leistungen der EG-Kommission, des Bundes und des Landes.

Beratung und subsidiäre Hilfen bei Durchführung neuer unternehmerischer Aktivitäten sind also die zentralen Aufgaben dieser »Landesstrukturbank«. Sie liegen in einer Hand.

Die Landesstrukturbank unterstützt die Gründung technologiespezialisierter Beteiligungsgesellschaften und strebt an, daß sich private und kommunale Banken und auch private Wagnisfinanzierungsgesellschaften intensiver als bisher an der regionalen Wirtschaftsförderung beteiligen.

Entsprechende Institutionen in Baden-Württemberg und Bayern haben nachweislich zu Effizienzsteigerung und Durchsichtigkeit der Wirtschaftsförderung erheblich beigetragen und anziehend auf Investoren gewirkt.

Beim Regierungspräsidenten wird eine Stelle einzurichten sein, die für den einzelnen Investor bzw. Ansiedlungswilligen all die Koordinierungsaufgaben und Klärung von Sach- und Fachfragen übernimmt, die bisher das Zugehen auf viele Abteilungen in der Verwaltung erforderlich machen. Sie wird die Ziele der Landesstrukturbank im Verwaltungsvollzug nachdrücklich und effizient unterstützen.

Es wird zu prüfen sein, ob nicht das beträchtliche Landesvermögen bzw. Teile dieses Vermögens für den Zweck der Landesstrukturbank aktiviert werden können.

Neben dieser Initiative auf Landesebene zur Förderung und Forcierung von Ansiedlungen und Neugründungen werden wir uns auch für entsprechend günstigere Rahmenbedingungen auf Bundesebene einsetzen. Dazu zählen insbesondere:

– Die Beseitigung von steuerlichen Hemmnissen im Risikokapitalverkehr ist durch Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und einen Abbau der Gesellschaftssteuer zu erreichen.
– Wir unterstützen und begrüßen die Initiative auf Bundesebene, ähnlich dem steuerbegünstigten System der Bausparkassen, die Einführung eines Gründungskapitalspargesetzes mit vergleichbarer steuerlicher Vergünstigung zu erreichen.
– Neugegründete Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich auf die Bereitstellung von Kapital zur Wagnisfinanzierung konzentrieren, sind zeitlich begrenzt und degressiv steuerlich zu begünstigen.
– Neben der Überprüfung aller Gesetzesvorschriften, die den Strukturwandel und die Eigeninitiative der Wirtschaft und der Bürger hemmen, ist vor allem das Arbeitsrecht an die Bedürfnisse neu gegründeter Unternehmen in der Anlaufphase anzupassen.
– Ein Teil der bislang für Wirtschafts- und Technologieförderung nach dem Gießkannen-Prinzip ausgegebenen Landesmittel ist für Prämienzahlungen an Gemeinden zu verwenden, die Unternehmensneugründungen angeworben haben.

Mehr Ausbildungsplätze

1. Eine CDU-Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß ausbildungsfähige und willige Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten. Es müssen verstärkt auch solche Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden, die bisher keine oder nur wenige Ausbildungsplätze bereitgestellt haben.

2. Die CDU lehnt die von der SPD geforderte Bildungsabgabe ab. Sie paßt weder in das ordnungspolitische Konzept des dualen Bildungssystems noch ist sie praktikabel. Die CDU begrüßt jedoch den freiwillig vereinbarten Finanzierungsausgleich der Wirtschaftsbranchen.

3. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Jugendlichen, denen der Zugang zu einem Ausbildungsplatz aufgrund ihrer schulischen Ausbildung erschwert ist. Die auch hier nach wie vor bestehende Benachteiligung von weiblichen Jugendlichen muß gegebenenfalls auch durch spezielle Förderungsprogramme abgebaut werden.

Solide Finanzpolitik und Subventionsabbau

1. Die CDU wird auch in Nordrhein-Westfalen den Haushalt des Landes wieder in Ordnung bringen. Die Neuverschuldung muß zurückgeschraubt und der Zuwachs des Haushaltsvolumens deutlich begrenzt werden. Dies wird nicht zu Lasten der kommunalen Haushalte geschehen. Vielmehr wird eine CDU-Landesregierung einen entscheidenden Beitrag zur finanziellen Sanierung der Städte und Gemeinden leisten.

Die SPD-Landesregierung hat genau das Gegenteil getan: Sie hat das Land in eine Verschuldung hineingetrieben, die von 7,1 Mio. DM im Jahre 1966 auf heute 71,3 Mrd. DM gestiegen ist und schon bald die 100-Milliarden-Grenze erreichen wird.

2. Wir sparen nicht um des Sparens willen. Eine unbeherrschte Verschuldungspolitik belastet insbesondere die nächstfolgenden Generationen. Deshalb darf nicht immer mehr Geld für die Bezahlung von Schulden und für die Finanzierung des staatlichen Personals ausgegeben werden.

Wir wollen, daß die Schwerpunkte der staatlichen Ausgaben im Bereich der Investitionen liegen. So leisten wir mit unserer Haushaltspolitik einen maßgeblichen beschäftigungspolitischen Beitrag auch zur Sicherung der Zukunft unseres Landes.

3. Eine CDU-Landesregierung wird
– auf einen produktiven Einsatz von Beteiligungen des Landes hinwirken,
– die Privatisierung öffentlicher Aufgaben in wirtschaftlich sinnvollem Umfang vorantreiben,
– das Landesvermögen, z. B. die im Landeswohnungsbau gebundenen Mittel, für die Investitionsförderung aktivieren.

4. Wir machen Ernst mit dem Abbau von Subventionen. Deshalb werden wir alle Subventionstatbestände auf ihre wirtschaftliche Notwendigkeit hin überprüfen. Dabei sollen folgende Grundsätze gelten:
– Erhaltungssubventionen sind unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten – Aspekte der nationalen Versorgungssicherheit ausgenommen – abzulehnen,
– Anpassungssubventionen sollen in der Regel befristet, zeitlich degressiv gestaltet und in geeigneten Fällen mit einer Rückzahlungsverpflichtung versehen werden,
– zur Erleichterung der Erfolgskontrolle muß der jeweilige Subventionszweck eindeutig, konkret und möglichst quantifiziert festgelegt werden.

Schwerpunkt 2: Umweltschutz in der Marktwirtschaft

1. »Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist ein Stück verantworteter Freiheit. Wer in der Gegenwart die natürlichen Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeutet und die ökologischen Zusammenhänge stört, verletzt die Solidarität zwischen den Generationen . . . Wo Wachstum zu einer unvertretbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.« (Grundsatzprogramm der CDU von 1978)

2. Umweltschutz ist für uns Versöhnung von Natur und Arbeit. So wie wir durch die Soziale Marktwirtschaft wirtschaftliche Freiheit und Leistung mit sozialer Gerechtigkeit verbunden haben, gilt es jetzt, die Belange der Umwelt in Einklang zu bringen mit einer hochentwickelten und dynamischen Industrie- und Wirtschaftsstruktur.

3. Umweltschutz geht alle an. Überall: im Beruf, in der Freizeit, in der Öffentlichkeit und im privaten Bereich muß jeder einzelne seiner Verantwortung für die Umwelt gerecht werden. Deshalb muß das Umweltbewußtsein der Bürger gestärkt werden.

4. Die CDU Nordrhein-Westfalen hält fest am Verursacher- und Vorsorgeprinzip in der Umweltpolitik. Umweltpolitische Maßnahmen müssen an der Quelle möglicher Umweltbelastungen ansetzen, um diesen vorzubeugen. Wer dennoch die Umwelt in Anspruch nimmt oder belastet, muß die von ihm verursachten Schäden bezahlen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung verläßt demgegenüber mit ihren Vorschlägen eines Waldpfennigs und einer Energiesteuer das Verursacherprinzip in der Umweltpolitik. Statt der Verursacher soll die Allgemeinheit zur Finanzierung herangezogen werden; derartige Umverteilung und Bürokratie bewirken jedoch keinen effektiven Umweltschutz. Das Verursacherprinzip findet dort seine Grenzen, wo die Verursacher nicht mehr festgestellt werden können. Das gilt zum Teil für die wichtige Problematik von sogenannten Altlasten, die nur mit Hilfe des Gemeinlastprinzips gelöst werden können.

Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt die vielfältigen und raschen Maßnahmen zur Luftreinhaltung, die die Bundesregierung ergriffen hat. Dazu gehören insbesondere die Großfeuerungsanlagenverordnung, die Novellierung der TA-Luft und die Einführung umweltfreundlicher Kfz mit bleifreiem Benzin. Durch diese und andere Maßnahmen konnte ein Teil der langjährigen Versäumnisse in der Umweltpolitik ausgeglichen werden.

Die Maßnahmen der Luftreinhaltung sind insbesondere notwendig, um eine zukünftige umweltverträgliche Verwendung der Kohle sicherzustellen. Der Vorrang für die heimische Kohle läßt sich nur sicherstellen, wenn es gelingt, die Umweltbelastungen zu verringern.

5. Lange Zeit schien die Inanspruchnahme von Luft, Boden und Wasser für wirtschaftliche Prozesse ohne Folgen für die Umwelt, nahezu unbegrenzt verfügbar. Es dauerte lange, bis die Politik Umweltbelastungen offiziell zur Kenntnis nahm. Ihre Einbeziehung in die betrieblichen Kosten bei den Verursachern steht noch weitgehend aus. In Zukunft müssen die Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf die Umwelt in die Kalkulation eingehen. Wer Umweltgüter in stärkerem Maße beansprucht, muß gegenüber demjenigen belastet werden, der die Umwelt schont.

6. Wir lösen ökologische Probleme mit den Instrumenten der Sozialen Marktwirtschaft. Die zukünftige Umweltpolitik kann auch in Zukunft nicht völlig auf Gebote und Verbote verzichten. Jedoch sollten sie das äußerste Mittel sein, das nur dort einzusetzen ist, wo freiheitliche und marktwirtschaftliche Alternativen versagen. Umweltgüter sollen weder verschenkt noch bürokratisch verwaltet werden. In der Sozialen Marktwirtschaft werden die Marktkräfte selbst als Motor für den Umweltschutz genutzt.

7. Wir werden eine Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten betreiben mit dem Ziel, umweltschädigende Produkte und Verfahren stärker zu belasten und damit teurer zu machen als umweltfreundliche Verfahren und Produkte.

8. Umweltfreundliche Technologien, Verfahren und Produkte sind aufgrund der höheren Entwicklungs- und Produktionskosten zwar auf kurze Sicht teurer; mittel-

und langfristig wird jedoch die Nachfrage nach solchen Technologien, Verfahren und Produkten weltweit steigen und damit die Wettbewerbsfähigkeit einer auf ein hohes Umwelt-Niveau eingestellten Wirtschaft gestärkt. Ständige umwelttechnische Neu- und Weiterentwicklungen verschaffen der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft auf Dauer einen entscheidenden Vorsprung. Sie lösen kräftige Impulse für Investitionen und für die Beschäftigung aus.

9. Umweltschutz braucht und nutzt den technischen Fortschritt und beschleunigt ihn zugleich. Dabei müssen wir allerdings lernen, die Folge- und Nebenwirkungen unserer Eingriffe in den Naturhaushalt besser einzuschätzen, unumkehrbare Schäden zu vermeiden und das ökologische Gleichgewicht zu wahren.

10. Die Umstellung von Produkten auf eine höhere Qualität der Umweltverträglichkeit kann sogar eine neue Nachfragebelebung auslösen. Die bisherige krasse Unterbewertung des »Wirtschaftsgutes Umwelt« widerspricht auch ökonomischen Grundsätzen. Umweltverträglichkeit als Qualitätskriterium wird sich künftig nicht als Wachstumsbremse, sondern als Wachstumsmotor auswirken.

11. Umweltpolitische Maßnahmen, die für die heimische Industrie eine besondere Belastung und Wettbewerbsnachteile auf dem internationalen Markt bedeuten, können in der Phase der Umrüstung öffentliche Hilfen erforderlich machen. Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt aber ausdrücklich, daß wir durch die zahlreichen Maßnahmen zur Luftreinhaltung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Pilotfunktion in Sachen Umweltschutz übernommen haben. Gerade in der Luftreinhaltung müssen wir auch unsere europäischen Nachbarn zu verstärkten Maßnahmen veranlassen.

12. Bei der Setzung umweltrechtlicher Rahmenbedingungen durch den Staat ist solchen Regelungen der Vorzug zu geben, die den Entscheidungsspielraum der Verursacher bei der Suche nach der ökologisch wirksamsten und zugleich kostengünstigsten Lösung möglichst groß halten und die durch marktkonforme Anreize dem Angebot und der Nachfrage nach umweltfreundlichen Verfahren und Produkten zum Durchbruch verhelfen. Zur Anwendung können folgende Instrumente kommen, deren jeweiliger Anwendungsbereich geprüft werden muß:

– Die Schonung der Umwelt soll durch steuerliche Anreize und Entlastung gefördert, die Umweltverschmutzung durch Steuern belastet werden. Nach diesem Prinzip wird auch die Einführung abgasarmer Kfz durch Umgestaltung der Kfz-Steuer gefördert.

– Für bestimmte Schadstoffe und Regionen können differenzierte Belastungsgrenzen festgesetzt werden, die schrittweise zu senken sind. Emissionsgenehmigungen, die bisher unentgeltlich erteilt werden, sollen künftig für bestimmte Schadstoffe und Regionen nur gegen Zahlung eines Preises und in handelbarer Form mit der Möglichkeit einer Abwertung der zugelassenen Werte erteilt werden können.

– Eine CDU-Landesregierung wird unverzüglich geeignete Sonderzonen (stark vorbelastete Räume) heraussuchen, in denen in Form von Pilotprojekten die Anwendung der genannten Prinzipien und des Glockenprinzips in der Praxis erprobt werden kann.

13. Die CDU tritt für eine Verbesserung des Landschaftsschutzes und die Ausweitung von Naturschutzflächen ein. Dazu muß das Instrumentarium der Landschaftsplanung entbürokratisiert werden. Die Entscheidung über das Gebiet eines Landschaftsplanes muß wieder voll in die Hände der örtlich zuständigen Träger der Landschaftsplanung gelegt werden. Die Landschaftsplanung hat sich dabei auf landschaftliche Problemgebiete zu konzentrieren. Das setzt voraus, daß die gesetzliche Fiktion einer flächendeckenden Landschaftsplanung aufgegeben wird. Die Landschaftspla-

nung in Nordrhein-Westfalen ist bisher schlecht vorangekommen, weil nur wenige Landschaftspläne bestandskräftig sind; deshalb wird die CDU das Landschaftsgesetz novellieren, um den Landschaftsschutz effektiver zu machen. Der notwendige Freiraumschutz erfordert eine stärkere autonome Verantwortung in der Umweltpolitik vor Ort. Das gilt auch für die Notwendigkeit einer verstärkten Biotop- und Arterhaltung. Die CDU begrüßt und unterstützt freiwillige Maßnahmen des Naturschutzes und fördert dabei insbesondere die Initiativen freier Naturschutzorganisationen.

Einer leistungsfähigen Landwirtschaft kommt für die Erhaltung unserer Landschaft eine besondere Bedeutung zu. Soweit die Belange des Landschafts- und Naturschutzes eine Einschränkung der Landwirtschaft erfordern, müssen die wirtschaftlichen Nachteile durch Nutzungsentschädigungen grundsätzlich ausgeglichen werden.

Schwerpunkt 3: Mehr Bürgerpolitik in der Gemeinde

1. Wir wollen selbstverantwortete Bürgerpolitik in der Gemeinde. Weil gewählte Bürger an der Verwaltung beteiligt sind, bietet gerade eine nicht-reglementierte kommunale Selbstverwaltung die beste Garantie für eine bürgernahe Verwaltung. Wir stärken daher die kommunale Selbstverwaltung.

Wir sorgen dafür, daß die Politik mit örtlichem Bezug mehr als bisher nicht nur vor Ort vollzogen, sondern dort auch formuliert wird.

Dadurch tragen wir auch entscheidend zu einer wirklichen Entbürokratisierung bei.

2. Jede Gemeinde muß die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit haben, sich ihr eigenes Gesicht zu geben, ihre Identität zu finden und zu entwickeln. Wir wollen einen gesunden Wettbewerb zwischen den Gemeinden. Bei uns wird es staatlich verordnete Einheitsprofile für die Stadt- und Gemeindeentwicklung ebenso wenig geben wie flächendeckende Verplanung und kleinkarierte Reglementierung der Kommunen.

Unsere Devise heißt: Vielfalt statt Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse!

3. Wir werden die für eine bürgernahe Politik notwendigen Planungs- und Handlungsspielräume der gewählten Bürgervertreter wieder herstellen und erweitern.

– Wir werden die Zuständigkeit für die Formulierung und Erledigung öffentlicher Aufgaben soweit wie möglich im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung festlegen. Wir werden den Kreis der freiwilligen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung durch den Abbau bestimmter Pflichtaufgaben wieder erweitern. Neue Pflichtaufgaben werden wir nicht einführen.

– Wir werden die staatliche Einflußnahme des Landes auf kommunale Entscheidungen drastisch abbauen. Die Regelung notwendiger Pflichtaufgaben werden wir auf eine Rahmengesetzgebung beschränken.

Personelle und sachliche Ausstattungsstandards werden wir weitgehend zurücknehmen.

Wir werden auf eine staatliche Reglementierung der Fachplanungen für die kommunale Daseinsvorsorge verzichten. Bei den notwendigen Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung werden wir den Kommunen weitgehende Entscheidungsspielräume einräumen, um dadurch flexible, situationsgerechte und ortsnahe Entscheidungen zu ermöglichen. Die staatliche Aufsicht werden wir im wesentlichen auf eine Rechtsaufsicht beschränken.

– Wir werden die kommunale Planungshoheit respektieren, die Landesplanung werden wir auf eine Rahmenplanung beschränken, die lediglich Richtlinien für die eigenverantwortliche Entscheidung der Kreise und Gemeinden gibt.

Wir werden dafür sorgen, daß bei überörtlichen Fachplanungen die kommunale Bauleitplanung angemessen berücksichtigt wird und die Mitwirkungsrechte der Gemeinden verstärkt werden. Wir werden über den Bundesrat an der Vereinfachung des Städtebaurechts mitwirken, damit die Gemeinden ihre planungsrechtlichen Grundlagen für die kommunale Entwicklung schneller und weniger rechtsmittelanfälliger erarbeiten können.

– Wir werden die kommunale Finanzausstattung qualitativ und quantitativ verbessern und sie aufgabengerecht ausgestalten.

Durch den Finanzausgleich werden wir die eigenverantwortlichen Handlungs- und Verantwortungsspielräume auf kommunaler Ebene stärken. Wir werden die den Kommunen zur Verfügung zu stellende Verbundmasse erhöhen. Zweckzuweisungen werden noch weiter zugunsten allgemeiner Zuweisungen abgebaut.

Wir werden die allgemeinen Finanzausgleichsmittel so zwischen den Kommunen verteilen, daß einerseits Finanzbedarf und Finanzkraft einer Gemeinde angeglichen werden, andererseits aber auch ein genügend großes Eigeninteresse der Gemeinde an der Pflege und Weiterentwicklung ihrer Steuerkraft besteht.

Durch unsere Regelung des Finanzausgleichs werden wir den Kommunen endlich wieder eine langfristig vorhersehbare und verläßliche Entscheidungsgrundlage bieten. Über den Bundesrat werden wir an der Reform des kommunalen Steuersystems mitarbeiten und sicherstellen, daß die Kommunen insgesamt einen größeren Anteil ihrer Ausgaben durch eigene Steuern – möglichst mit Hebesatzrecht – finanzieren und dadurch in größerem Maß als bisher eigenverantwortlich über Art und Umfang ihrer Aufgabenerfüllung entscheiden können. Die Gesamtsteuerbelastung der Bürger soll dadurch aber nicht erhöht werden.

4. Eine CDU-Landesregierung wird die Spätfolgen der Gebietsreform in den Fällen korrigieren, wo nachweislich die Ziele der Neugliederung nicht erreicht werden konnten.

5. Immer mehr Bürger suchen eigene Handlungs- und Verantwortungsspielräume, um sich an der Gestaltung ihrer Lebensumwelt beteiligen zu können. Sie sind bereit, für sich und andere Verantwortung in ihren kleinen Lebenskreisen zu übernehmen. Lebendigkeit und Vielfalt des sozialen und kulturellen Lebens entstehen aus diesem bürgerschaftlichen Engagement in den kleinen Lebenskreisen.

Bürgerschaftliche Selbsthilfe und Eigeninitiative können häufig flexibler, gezielter und persönlicher als professionalisierte Dienstleistungen auf neue und wechselnde Problemlagen reagieren. Wir werden daher auf Landesebene alles daran setzen, durch entsprechende Rahmenbedingungen die kleinen Lebenskreise in den Gemeinden zu stärken und bürgerschaftliche Mitverantwortung und Eigeninitiative zu ermutigen und zu fördern.

Schwerpunkt 4: Familie, Fundament unserer Gesellschaft

1. Ehe und Familie stehen nach dem Grundgesetz und der Landesverfassung unter dem besonderen Schutz des Staates. Die CDU wird dem verfassungsrechtlichen Auftrag, die Freiheitsrechte unserer Familie zu garantieren und die Familie zu stärken, endlich wieder Geltung verschaffen. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Familie, Beruf und öffentlichem Leben muß weiter verwirklicht werden.

2. Zur materiellen Unterstützung der Familien wird eine CDU-Landesregierung ein Familiengründungsdarlehen und – über das ab 1986 vom Bund für ein Jahr gezahlte Erziehungsgeld hinaus – ein Landes-Fami-

liengeld für das zweite Lebensjahr eines Kindes gewähren.

Wir wollen, daß Müttern oder Vätern – auch wenn sie Alleinerziehende sind – ermöglicht wird, in den entscheidenden ersten Lebensjahren ganz für ihre Kinder dazusein.

Eine CDU-Landesregierung wird eine Stiftung »Familie in Not« gründen. Diese Stiftung wird jenen Familien helfen, die durch Krankheit, Todesfall oder andere schwere Notlagen betroffen sind, und für die sonstige gesetzliche Hilfen nicht ausreichen.

Die Stiftung soll auch dazu beitragen, Schwangerschaftskonflikte zu mildern oder zu lösen.

3. Wir setzen uns für einen familiengerechten Wohnungsbau, insbesondere für junge Familien mit kleinen Kindern ein. Wir werden Anreize schaffen, damit auch im privaten Wohnungsbau familien- und kinderfreundliche Wohnungen gebaut werden. Dazu gehören auch solche, in denen mehrere Generationen unter einem Dach wohnen können. Die Wohnumwelt muß stärker den Bedürfnissen der Familien, insbesondere denen mit Kindern, angepaßt werden.

Mehr Gerechtigkeit für Frauen

1. Die CDU will eine Gesellschaft, in der sich jeder Bürger frei und sozial entfalten kann, eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Dazu gehören Gleichberechtigung und ein neues Verhältnis von Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Nordrhein-Westfalen ist auf den Beitrag seiner Bürgerinnen angewiesen.

2. Nach wie vor sind Frauen in unserer Gesellschaft benachteiligt. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir sind davon überzeugt, daß die Herausforderungen, vor denen unser Land steht, dann besser bewältigt werden können, wenn Frauen durch eine erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in die Lage versetzt werden, auf allen Ebenen und in allen Bereichen unserer Gesellschaft ihren eigenständigen Beitrag zu leisten. Niemand hat das Recht, dem Mann oder der Frau eine bestimmte Rolle aufzuzwingen. Wir werden die Rahmenbedingungen für mehr Wahlfreiheit verbessern: durch die Gleichstellung von Arbeit in Familie und Beruf; durch Flexibilisieren der Arbeitszeiten, damit Frauen und Männer ihre Aufgaben in der Arbeitswelt und in der Familie besser miteinander verbinden können.

3. Die CDU fordert Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe so flexibel zu gestalten, daß Väter und Mütter Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren können. Die Tarifparteien sollten Arbeitszeitverkürzungen insbesondere solchen Beschäftigten anbieten, die kleine Kinder zu versorgen haben.

4. Eine CDU-Landesregierung wird ein Programm zur Rückkehr in den Beruf vorlegen. Viele Frauen unterbrechen ihre Berufstätigkeit, wenn Kinder kommen. Sie wollen sie wieder fortsetzen, wenn die Kinder groß genug sind. Es ist eine erstrangige politische Aufgabe, diesen Frauen die Rückkehr in ihren Beruf zu erleichtern.

5. Eine CDU-Landesregierung wird sich mit der großen Zahl arbeitsloser Frauen nicht abfinden. Im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderungs- und Strukturpolitik wird sie verstärkt Fördermittel in Gebieten einsetzen, wo überdurchschnittlich viele Frauen arbeitslos sind und überdurchschnittlich viele Mädchen keinen Ausbildungsplatz bekommen.

Der Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt schafft zusätzliche Probleme, erweitert aber auch die Chancen berufstätiger Frauen. Eine CDU-Landesregierung wird die positiven Auswirkungen neuer Technologien auf die Arbeitsplätze für Frauen fördern und dafür sorgen, daß ihnen neue Berufsfelder offenstehen.

6. Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau

kann nicht in erster Linie durch Politik und Gesetzgeber erreicht werden. Notwendig ist die Anstrengung der gesamten Gesellschaft. Dazu wollen wir ermutigen.

Politik für unsere älteren Mitbürger

1. Die heutige ältere Generation hat eine große Lebensleistung erbracht. Es ist vor allem ihr Verdienst, nach Krieg, Not und Vertreibung den Aufbau und Ausbau der Bundesrepublik Deutschland zu einem freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat mitgetragen und verwirklicht zu haben.

Im Respekt vor diesen Leistungen ist es deshalb eine besondere Verpflichtung für die mittlere und jüngere Generation, sich den älteren Mitbürgern in sozialer Verantwortung zuzuwenden.

2. Mit dem herabgesetzten Renteneintrittsalter und einer längeren Lebenserwartung sind die Chancen für eine erfüllte neue Lebensphase der älteren Mitbürger heute größer denn je.

Politik für alte Menschen muß sich deshalb als stützendes **und** aktivierendes Angebot für ältere Menschen verstehen. Dazu können ein erweitertes Bildungsangebot von Volkshochschulen und Hochschulen sowie die Förderung von Selbsthilfegruppen beitragen. Dies erleichtert älteren Menschen, das Alter als einen neuen Lebensabschnitt zu begreifen, in dem sie ihre Interessen und Lebensziele verwirklichen können, aber auch ihre Erfahrungen durch eine ehrenamtliche Tätigkeit oder durch ein soziales Engagement nutzen und so die gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv mitgestalten können.

3. Organisatorische Hilfen durch die Gemeinschaft müssen dort einsetzen, wo nicht auf familiäre Hilfe zurückgegriffen werden kann, oder wo diese familiäre Hilfe nicht ausreicht. Diese Altenhilfe muß plural angeboten werden. Neben der Nachbarschaftshilfe ist vor allem die Arbeit der freien Träger – insbesondere der Kirchen und Wohlfahrtsverbände – für die älteren Menschen unersetzlich. Auch in der Altenpolitik gilt für uns, daß Hilfe zur Selbsthilfe der beste Weg ist. Immer muß gewährleistet werden, daß alte Menschen die Hilfe bekommen, die ihnen angemessen ist und auf die sie angewiesen sind.

4. Eines der wichtigsten Anliegen der älteren Mitbürger ist die Sicherung der Renten. Anfang der 90er Jahre werden die Finanzierungsbedingungen für Alterssicherungssysteme insgesamt und damit auch für die gesetzliche Rentenversicherung insofern schwierig, als die Zahl der Beitragspflichtigen abnehmen und die Zahl der Rentner zunächst noch zunehmen wird. Auch bei künftigen Strukturmaßnahmen gehen wir davon aus, daß die Rente beitragsbezogen bleiben und sich so entwickeln muß wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Der Bundeszuschuß der Rentenversicherung muß verläßlich sein.

5. Weil der weitaus größte Teil der älteren Menschen in der Lage ist, das Leben aus eigener Kraft oder mit Hilfe des Ehepartners, der Kinder oder sonstiger Bezugspersonen zu meistern, ist es notwendig, in erster Linie die offene Hilfe im Altenbereich auszubauen. Dazu gehört eine Vielfalt von Hilfen, etwa die Beratung, die Übernahme häuslicher Aufgaben, die vorübergehende Pflege in der eigenen Wohnung sowie die mobile Altenbetreuung. Familien, die einen Pflegebedürftigen zuhause versorgen möchten, muß so geholfen werden, daß sie dies auch dauerhaft tun können.

Ambulante Versorgung hat grundsätzlich Vorrang vor stationärer. Die Pflege in der häuslichen Umgebung ist menschlicher und sinnvoller, weil der Pflegebedürftige weiter in seinem gewohnten Umfeld leben kann und seine bisherigen sozialen Bindungen erhalten bleiben. Sozialstationen können die Angehörigen bei solchen Betreuungsaufgaben unterstützen, zu denen diese selbst nicht in der Lage sind.

Um die Pflege in der familiären Umgebung zu ermöglichen, ist außerdem notwendig,
– die personelle Situation in sozialen Diensten zu verbessern, indem dort dem Bedarf entsprechend zusätzliche Dauerarbeitsplätze eingerichtet werden;
– im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung die erforderliche Hilfe zu leisten, wenn eine betreuende Person die Pflege nicht mehr fortsetzen kann;
– die Wohnungsbauförderung so zu verändern, daß die Aufnahme von Eltern nicht mehr an deren Einkommenshöhe scheitert;
– einem Bauherrn, der für jeden Eltern- oder Großelternteil, den er in den Haushalt aufnehmen will, ein Familienzusatzdarlehen zu gewähren;
– den besonderen Pflegeaufwand für Familienangehörige durch steuerliche Entlastungen zu berücksichtigen.
6. Weil viele ältere Mitbürger finanziell nicht in der Lage sind, die hohen Kosten für den Aufenthalt in einem Pflegeheim zu tragen, werden sie oft bei der Unterbringung in einem Heim – selbst bei mittleren oder höheren Einkommen – zu Sozialhilfeempfängern. Deshalb müssen wir neue Formen der Finanzierung stationärer Pflege in Betracht ziehen.

Für eine CDU-Landesregierung wird dies ein wichtiger Diskussionsgegenstand zwischen Bund und Land sein.

Gesundheitsversorgung: Menschlich und wirtschaftlich

Wir vertreten eine menschliche Behandlung und Versorgung unserer kranken Bürger. Sie beruht auf der personalen Beziehung zwischen dem Patienten und seinem Arzt in der Praxis und im Krankenhaus, auf erfahrenen Hausärzten, bürgernahen Krankenhäusern und ambulanten Pflegediensten in der Gemeinde.

1. Wir fördern gemeindenahe Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung und Krankheitsverhütung, insbesondere auch in der Gesundheitserziehung und Gesundheitsberatung. Wir werden Patienten-Selbsthilfegruppen die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Voraussetzungen bieten.

2. Wir werden uns dafür einsetzen, daß junge Ärzte neue Aufgaben in der Präventions- und Rehabilitationsmedizin, d. h. vor allem auch in der Vor- und Nachsorge erhalten, um so eine patientengemäße und fachlich qualifizierte ärztliche Versorgung neben der Akutbehandlung zu sichern.

3. Wir werden dafür sorgen, daß allen Bürgern eine flächendeckende ambulante Gesundheitsversorgung zur Verfügung steht, die neben den niedergelassenen Ärzten auch ambulante Pflegedienste in den Gemeinden umfaßt und die personale, auf gegenseitiges Vertrauen gerichtete Beziehung zwischen Patient und Arzt erhält. Dafür unterstützen wir den Hausarzt als Partner unserer Familien.

4. Wir vertreten unverändert auch eine menschliche Krankenhausversorgung, die sich am Patienten und seiner Familie orientiert, also überschaubar und bürgernah ist. Auch im Krankenhaus soll der Arzt Partner des Patienten sein; deswegen setzen wir uns für die Ausweitung des Belegarztsystems und die Errichtung von Praxiskliniken sowie für die Einrichtung von Abteilungen für psychisch Kranke und Alterskranke in der bürgernahen Grund- und Regelversorgung ein.

5. Das Gesundheitswesen bleibt nur finanzierbar, wenn die Krankenkassen nicht auch noch Leistungen bezahlen müssen, die in keinem Zusammenhang mit einer Krankheit stehen. Wir fordern folglich eine Überprüfung des Leistungskataloges und damit die Bestimmung der Leistungen, die nicht oder nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden.

6. Die Kosten der stationären Versorgung beanspruchen einen erheblichen Teil der Gesamtausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung. Nach der Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes

ist es jetzt Landesaufgabe, für eine wirtschaftliche Betriebsführung der Krankenhäuser zu sorgen.

Schwerpunkt 5: Schule: Zur Persönlichkeit erziehen

1. Junge Menschen erziehen, heißt auch, ihnen zu vermitteln, daß es keine Freiheit ohne Verantwortung, keine Rechte ohne Pflichten und keine Selbstverwirklichung ohne Gemeinsinn gibt.

2. Wir wollen ein gegliedertes Schulwesen mit dafür ausgebildeten Lehrern, das die unterschiedlichen Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten der Schüler fördert und herausfordert und den Schülern entsprechend ihren Leistungen solide Abschlüsse vermittelt.

Unsere Kinder sollen in der Schule wieder gründlich lesen, schreiben und rechnen und ihre Muttersprache beherrschen lernen.

3. Schule, die auf Zukunft vorbereitet, muß Zusammenhänge und Kenntnisse von Heimat und geschichtlicher Entwicklung vermitteln. Sie sind die Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart und Zukunft. Auf dieser Grundlage werden wir die Schüler dazu erziehen, mit den neuen Techniken verantwortungsbewußt umzugehen.

4. Die Hauptschule wird wieder zur Hauptsache. Wir geben ihr ein eigenes Profil. Wir organisieren eine Hauptschule, in der Grundwissen vermittelt wird und die spezifischen Fähigkeiten des Schülers – praktische, musische, technische und theoretische – gefördert werden. Dem Hauptschulabschluß werden wir Anerkennung verschaffen als Qualifikation zur Berufsausbildung und zur schulischen Weiterbildung.

5. Wir werden die Schule im Dorf lassen. Der Schülerrückgang bringt die pädagogische Chance, kleine Klassen zu bilden. An kleinen und überschaubaren Schulen werden Schüler in jeder Hinsicht besser gefördert.

6. Eine CDU-Landesregierung wird jährlich 1500 Lehrer zusätzlich einstellen. In Zusammenarbeit mit dem Landessportbund bieten wir jungen Sportlehrern, die keine Anstellung an den Schulen erhalten, die Chance, eine Tätigkeit im Breiten- und Vereinssport zu übernehmen.

7. Wir wollen eine Schule, die frei ist von Bürokratismus und staatlicher Gängelei. Das Miteinander von Elternhaus und Schule ist unser Ziel. Schule, die zur eigenen Gestaltung im Rahmen von Verfassung und Gesetz ermutigt wird, regt zu mehr pädagogischem Engagement an.

8. Zur Freiheit unserer Gesellschaft gehören Schulen in freier Trägerschaft. Freie Schulen als Alternative zum staatlichen Schulwesen garantieren pädagogische Vielfalt und Freiheit der Schulwahl. Der verfassungswidrige Versuch der SPD, diese Freiheit einzuschränken, ist an unserem entschlossenen Widerstand gescheitert. Auch in Zukunft sind wir der Garant für die Privatschulfreiheit.

9. Beruf ist Lebenserfüllung. Wir sichern die bewährte duale Berufsausbildung, in der die Berufsschule neben dem Betrieb die Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben schafft. Wir werden gerade durch die Berufsschule die Hauptschüler fördern und leistungsstarke Berufsschüler befähigen, sich auch schulisch weiter und besser zu qualifizieren.

Schwerpunkt 6: »Pro Nordrhein-Westfalen«

1. Nordrhein-Westfalen ist schön. In der Vielfalt seiner Landschaften, Reichtum seiner Kultur, der lebendigen Tradition seiner Städte, Gemeinden und Regionen steht es anderen Ländern nicht nach. Wir lassen nicht zu, daß das wahre Bild unseres Landes durch Vorurteile und Klischees verfälscht wird.

Wir ermutigen unsere Bürger, diesen Reichtum und diese Vielfalt unseres Landes zu entdecken. Wir stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl der »Nordrhein-Westfalen«, ohne die Eigenart und gewachsene Tradition der Regionen und ihrer Bürger zu vernachlässigen.

2. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein industrieller Ballungsraum, sondern eine Kulturlandschaft mit einer ungewöhnlich hohen Dichte kultureller Angebote und Institutionen. Das gilt für Museen, Theater, Opernhäuser und Orchester ebenso wie für das dichte Netz privater Kulturträger.

Die CDU sorgt dafür, daß diese kulturelle Vielfalt auch unter schwierigen haushalts- und finanzpolitischen Bedingungen erhalten bleibt und sich weiter entfalten kann. Wir schaffen ein Klima, das auch im kulturellen Angebot Spitzenkräfte und Spitzenensembles anzieht und fördert.

3. Die Vielfalt und der Reichtum des kulturellen Angebotes unseres Landes leben aber nicht nur von Spitzenleistungen, sondern auch von der breiten Beteiligung aller kulturell interessierten und aufgeschlossenen Bürger. Die Kulturförderung des Landes darf nicht nur den großen Institutionen zugute kommen. Den Ideenreichtum und das Engagement der kulturell aktiven Vereine auf Kommunalebene, der privaten Träger und auch der neuen und jungen Kulturszene wollen wir nach Kräften fördern.

4. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger unseres Landes wird gestärkt durch ein lebendiges Geschichtsbewußtsein. Deshalb werden wir die Landesgeschichtsforschung aktivieren, ein Haus der Landesgeschichte einrichten und dafür sorgen, daß die Kenntnisse der Geschichte unseres Landes in Forschung, Publizistik und Bildungswesen vertieft und verbreitet werden.

5. Unser Land hat eine bedeutende industrielle Tradition. Das kulturelle Bild unseres Landes wäre unvollständig ohne die Zeugnisse seiner entwickelten Industriekultur. Wir sorgen dafür, daß im wirtschaftlichen Strukturwandel die Zeugnisse einer über hundertjährigen Industrietradition nicht verloren gehen. In ihnen dokumentiert sich der Aufbauwille, der Fleiß und die Schaffenskraft unseres Volkes.

6. Viele Deutschlandreisende fühlen sich vom Süden der Republik angezogen und lassen Nordrhein-Westfalen links liegen. Nordrhein-Westfalen darf nicht länger Durchreiseland bleiben. Je mehr es uns gelingt, jeden einzelnen Bürger zur Identifikation mit der landschaftlichen und kulturellen Vielfalt und Schönheit unseres Landes zu gewinnen, desto stärker wird auch die Anziehungskraft Nordrhein-Westfalens für Besucher aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland, nicht zuletzt auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

»Pro Nordrhein-Westfalen« ist das Leitwort und Motiv für alle unsere Aktivitäten. Nordrhein-Westfalen soll wieder das politische und wirtschaftliche Zentrum der Republik und darüber hinaus Kristallisationspunkt kulturellen und geistigen Schaffens werden.

Darauf gründet unser Selbstbewußtsein.

Verantwortlich: CDU Nordrhein-Westfalen, Köln und Dortmund